



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 15.07.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 08.07.2013, 15:30 Uhr bis 17.10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	i.V. für Herrn Görzel
Herr Klaus Koke	CDU	i.V. für Herrn Granitzka
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	i.V. für Herrn Dr. Elster (bis 16.40 Uhr)

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Frank Maul	PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Kreams	SPD
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Rüdiger Dröger	FDP
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Mevlüt Ekinci

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Hans-Jürgen Petry

Herr Ingo Fleischer

Frau Ursula Herx

Herr Wolfgang Heintz

Frau Stephanie Kaspers

Herr Hubertus Tempski

Herr Frieder Wolf

Schriftführerin

Frau Verena Stiens

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winrich Granitzka	CDU
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Volker Görzel	FDP

Herr Wolter begrüßt die Anwesenden und weist zunächst auf eine Sondersitzung des Ausschusses hin, die am

16.07.2013, 16.00 Uhr,
im Konrad-Adenauer Saal des Historischen Rathauses

stattfinden wird.

Im Anschluss trägt er die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 3.2 AN/0351/2013 - Anfrage gem. § 4 der GO des Rates - hier: Neues Meldegesetz -
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
Betr. Neues Meldegesetz
1240/2013
- 3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Hopfauf vom 10.06.2013
Räumung der ehemaligen Kolbhalle in Ehrenfeld
2221/2013
- 4.7 Umsetzung des "elektronischen Abfallnachweisverfahrens" bei der Stadt Köln
(Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.04.2013, TOP 4.1, Session-Nr.
0138/2013)
1931/2013
- 4.8 Sachstandsmitteilung zu Aktivitäten der Stadt Köln in Sachen "Open Government"
2324/2013
Tischvorlage
- 5.3 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT)
2082/2013
- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2013
Metalldiebstahl
AN/0904/2013
- 10.5 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes am
Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15
1555/2013
- 10.6 2. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom
20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
1592/2013
- 10.7 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen
1916/2013
- 10.8 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für
die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln
(Feuerwehrsatzungen)
1957/2013
- 10.9 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errich-
tung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum
2078/2013
- 10.10 Umsetzung Millenniumsentwicklungsziele, hier zusätzlich bewilligte Mittel durch den
Finanzausschuss

2287/2013
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11.1 Rückfrage von Herrn Detjen zu einer Mitteilung des Wohnungsversorgungsbetriebs (jetzt 56)
2023/2013
- 16.2 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 31 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 9-
1989/2013
- 16.3 Klageerhebung
2154/2013
- 16.4 Vergleichsvorschlag der kommunalen Spitzenverbände zur Frage der Entschädigungszahlungen im Falle des sog. Löschfahrzeugkartells der Jahre 2001 bis 2009
2009/2013
- 16.5 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung
1704/2013
- 16.6 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Kopierer/Multifunktionsgeräte in Schulen und für städtische Dienststellen im Zeitraum 01.07.2014 - 30.06.2019
1954/2013
Tischvorlage

Frau Manderla schlägt vor, die Beratungen der Vorlagen unter TOP 10.8, 10.9, 10.10 und 16.6 aufgrund Verfristung zu vertagen.

Frau dos Santos Herrmann regt an, TOP 4.8 ebenfalls zu vertagen.

Herr Wolter schlägt zudem vor, TOP 4.1 und 10.1 gemeinsam zu behandeln.

Herr Dröger beantragt, TOP 16.1 in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen. Insbesondere da letztendlich auch die Liste der gewählten Schöffinnen und Schöffen öffentlich ausgelegt werde, sollte die Vorlage öffentlich beraten werden. Sollten die Persönlichkeitsrechte von Personen aufgrund aufkommender Diskussionen in Gefahr sein, hätte der Vorsitzende die Möglichkeit einzugreifen und diese zu unterbinden.

Herr Kahlen bestätigt, der Grundsatz der Öffentlichkeit der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse sei vorrangig zu beachten. Die Geschäftsordnung des Rates sehe jedoch unter anderem Ausnahmen in den Fällen vor, in denen schutzwürdige Interessen gefährdet sein könnten. In diesem Fall könne die Zu- oder Absetzung einer Person von der zu beratenden Liste der Schöffinnen und Schöffen zu einem gewissen Ansehensverlust führen, so dass diese Vorlage zwingend im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten sei.

Herr Wolter greift die vorliegenden Vorschläge auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 10.06.2013
Stellenbesetzungssituation in der Poststelle 02/6-4 Feststellung nach dem Schwerbehindertenrecht, Dillenburgerstr. (ehemaliges Versorgungsamt)
2107/2013
- 3.2 AN/0351/2013 - Anfrage gem. § 4 der GO des Rates - hier: Neues Meldegesetz -
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
Betr. Neues Meldegesetz
1240/2013
- 3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Hopfauf vom 10.06.2013
Räumung der ehemaligen Kolbhalle in Ehrenfeld
2221/2013

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Kontingentierung des Kölner Taximarktes
1945/2013
- 4.2 Jahresbericht 2011/2012 der Kölner Anti Spray Aktion
1657/2013
- 4.3 Jahresbericht Örtlicher Ausschuss Sport und Sicherheit (ÖASS)
1892/2013
- 4.4 Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastung durch Fahrgastschiffe (sog. "Partyschiffe") am Rhein
1804/2013
- 4.5 Sicherheit bei Großveranstaltungen
Bericht der Projektgruppe
1765/2013
- 4.6 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2013
2092/2013

4.7 Umsetzung des "elektronischen Abfallnachweisverfahrens" bei der Stadt Köln (Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.04.2013, TOP 4.1, Session-Nr. 0138/2013)
1931/2013

4.8 Sachstandsmitteilung zu Aktivitäten der Stadt Köln in Sachen "Open Government"
2324/2013

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Personalsituation 2013 - Perspektiven
1852/2013

5.2 Kriterien für die Zuweisung von zusätzlichen Präsenzzeiten in Schulsekretariaten und Ausweitung des Vertretungspool im Wert von 50 Stellen
1900/2013

5.3 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT)
2082/2013

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2013
Metalldiebstahl
AN/0904/2013

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif -
1389/2013

10.2 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln
1617/2013

10.3 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in 2014 und 2015
1760/2013

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW
1609/2013

- 10.5 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15
1555/2013
- 10.6 2. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
1592/2013
- 10.7 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen
1916/2013
- 10.8 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1957/2013
- 10.9 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum
2078/2013
- 10.10 Umsetzung Millenniumsentwicklungsziele, hier zusätzlich bewilligte Mittel durch den Finanzausschuss
2287/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 11.1 Rückfrage von Herrn Detjen zu einer Mitteilung des Wohnungsversorgungsbetriebs (jetzt 56)
2023/2013

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Verfahren bei der Wahl / Wiederwahl von Schiedspersonen
1767/2013

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

- 16.1 Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen, Wahlperiode 01.01.2014 bis 31.12.2018
1686/2013

- 16.2 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 31 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 9-1989/2013
- 16.3 Klageerhebung
2154/2013
- 16.4 Vergleichsvorschlag der kommunalen Spitzenverbände zur Frage der Entschädigungszahlungen im Falle des sog. Löschfahrzeugkartells der Jahre 2001 bis 2009
2009/2013
- 16.5 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung
1704/2013
- 16.6 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Kopierer / Multifunktionsgeräte in Schulen und für städtische Dienststellen im Zeitraum 01.07.2014 bis 30.06.2019
1954/2013

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 10.06.2013 Stellenbesetzungssituation in der Poststelle 02/6-4 Feststellung nach dem Schwerbehindertenrecht, Dillenburgerstr. (ehemaliges Versorgungsamt) 2107/2013

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau Manderla informiert Herr Fleischer, die vakante Stelle werde bereits zum 01.08.2013 wieder mit einer neuen Kraft besetzt werden können.

3.2 AN/0351/2013 - Anfrage gem. § 4 der GO des Rates - hier: Neues Meldegesetz - Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates Betr. Neues Meldegesetz 1240/2013

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter greift die Ausführungen der Mitteilung zu Frage Nr. 4 auf, wonach zum Zwecke der Rechtsverfolgung unter bestimmten Voraussetzungen erweiterte Meldeauskünfte erteilt werden können. Er bittet um Information, inwiefern sich dies ausschließlich auf eine mögliche

Strafverfolgung beziehe bzw. ob dieser Begriff weiter gefasst sei und so z.B. auch der katholischen Kirche auf Anfrage Auskünfte zum Familienstand von Personen erteilt werden könnten.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

**3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Hopfauf vom 10.06.2013
Räumung der ehemaligen Kolbhalle in Ehrenfeld
2221/2013**

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes bzw. um Auskunft, ob bereits neue Gespräche mit NRW.URBAN stattgefunden hätten.

Herr Breite bittet um Auskunft, inwiefern die Verwaltung plane, den benannten Räumungskostenvorschuss i.H.v. 150.000 € im Nachhinein wieder einzutreiben.

Der Ausschuss erklärt sich mit einer schriftlichen Beantwortung der Fragen einverstanden.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Kontingentierung des Kölner Taximarktes
1945/2013**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Mitteilung gemeinsam mit der Vorlage unter TOP 10.1 zu behandeln.

**4.2 Jahresbericht 2011/2012 der Kölner Anti Spray Aktion
1657/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.3 Jahresbericht Örtlicher Ausschuss Sport und Sicherheit (ÖASS)
1892/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.4 Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastung durch Fahrgastschiffe (sog. "Partyschiffe") am Rhein
1804/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.5 Sicherheit bei Großveranstaltungen
Bericht der Projektgruppe
1765/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.6 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2013
2092/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.7 Umsetzung des "elektronischen Abfallnachweisverfahrens" bei der Stadt Köln
(Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.04.2013, TOP 4.1, Session-Nr.
0138/2013)
1931/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.8 Sachstandsmitteilung zu Aktivitäten der Stadt Köln in Sachen "Open Govern-
ment"
2324/2013**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Vorlage in die Sondersitzung des Ausschusses am 16.07.2013 zu vertagen.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

**5.1 Personalsituation 2013 - Perspektiven
1852/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Marx äußert seine Enttäuschung darüber, dass der vorgelegte Bericht nicht auf die bereits 2009 von Herrn Oberbürgermeister Roters und Herrn Stadtdirektor Kahlen aufgegriffene und zugesicherte Frage des möglichen Aufgabenabbaus und der Vornahme von Standardreduzierungen eingehe. Insbesondere vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung bitte er eindringlich darum, diese Thematik verstärkt anzugehen. Er hoffe, dass bereits der nächste Personalbericht auch diese Bereiche aufgreife.

Herr Richter spricht sein Lob für den vorgelegten Bericht aus. Darüber hinaus bitte er hinsichtlich der Führungskräfte noch um Information, welche Schwerpunkte hier geplant seien und wie viele Wechsel es hier gegeben habe. Auch bitte er um Beantwortung der Frage, mit welchen Herausforderungen sich die Führungskräfte konfrontiert sehen würden. Letztendlich interessiere ihn, wie viele Stellen mit externem bzw. internem Personal besetzt werden konnten - möglichst differenziert nach Führungskräften und Nicht-Führungskräften.

Herr Detjen bedankt sich für die Vorlage des seiner Meinung nach sehr übersichtlich gestalteten Berichtes. Vor dem Hintergrund der auf der Seite 9 des Berichtes beschriebenen erneut gesunkenen Ausbildungsquote bittet er außerdem um kurze Erläuterung. Die Äußerungen zu vorgenommenen Stellenbefristungen könne er zudem nicht nachvollziehen. Nach seinem Empfinden sei hier eine Steigerung zu verzeichnen. Ähnliche Zweifel habe er auch hinsichtlich der Erläuterungen zur Altersteilzeit auf den Seiten 68 und 69 des Berichtes. Darüber hinaus begrüße er einerseits, dass die Quote der Auszubildenden mit Migrationshintergrund auf 34 % angestiegen sei. Hinsichtlich der Aussagen zu Höhe des Anteils der Beschäftigten, die nicht Inhaber der deutschen Staatsbürgerschaft seien, bitte er jedoch um kurze Erläuterung.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels fragt Herr Wolter, inwiefern die Verwaltung hier bereits Überlegungen angestellt habe, ggfs. auch in Zusammenarbeit mit dem Amt für Internationale Angelegenheiten und der IHK Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit vieler Länder, sei hier mit einer entsprechend positiven Resonanz zu rechnen.

Herr Kahlen betont, wie beispielsweise auch der Mitteilung unter TOP 5.3 zu entnehmen, seien die Aufgaben der Verwaltung einer deutlichen Kritik unterzogen worden. In Zusammenarbeit mit der Politik sei es der Verwaltung gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erarbeiten. Er führt aus, die Durchführung der Organisationsuntersuchung im Bereich der Gebäudewirtschaft sei mit der Zielsetzung verbunden, Aufgaben zukünftig ressourcenschonender und ökonomischer gestalten zu können. Er bitte jedoch um Beachtung, die zu Beginn genau durchzuführende Analyse der Arbeitsprozesse nehme eine gewisse Zeit in Anspruch. Herr Kahlen versichert, Aufgabenkritik werde als selbstverständliche Daueraufgabe angesehen. Nicht zu vergessen sei darüber hinaus, dass bestimmte Vorgaben der Landesregierung einzuhalten und zu beachten seien. So habe das Gesetz zur Bildung und Teilhabe der Stadt zusätzliche Aufgaben auferlegt, deren Ausführung sich zum Teil kompliziert gestalten. Herr Kahlen versichert, die Verwaltung arbeite weiterhin daran, im Rahmen einer Geschäftsprozessoptimierung die Frage des Aufgabenabbaus und der Standardreduzierung nicht außer Acht zu lassen und weiter nach vorne zu treiben.

Herr Kahlen bedankt sich darüber hinaus für Herrn Richters Anfrage und informiert, der Stadtvorstand habe bereits verstärktes Augenmerk auf diese Fragestellungen gelegt. Auch aufgrund einer dringenden Nachfrage des Gesamtpersonalrates würden derzeit Überlegungen hinsichtlich der dialogischen Erarbeitung einer Führungsleitlinie angestellt. Herr Kahlen versichert, der nächste Personalbericht werde diese Thematik verstärkt aufgreifen. Ziel sei es, als Stadt Köln vor dem Hintergrund der vorhandenen Aufgabenstellungen eigenständige Ansätze zu erarbeiten.

Herr Kahlen greift Herrn Detjens Rückfragen auf und erklärt, bei steigender Anzahl an Beschäftigten gestalte es sich zunehmend schwieriger, die vorgegebene Ausbildungsquote einzuhalten. Dies habe nicht zuletzt auch mit einer positiven und zunächst nicht erwarteten Entwicklung im Bereich der Erzieher/-innen und der Berufsfeuerwehr zu tun. So seien z.B. die freien Träger im pädagogischen Bereich, wie der U-3-Betreuung, stärker in die Mitverantwortung getreten. Herr Kahlen versichert, die Erreichung der Ausbildungsquote werde weiterhin Handlungsmaxime der Verwaltung sein.

Entgegen Herrn Detjens Vermutung bestätigt Herr Kahlen darüber hinaus einen Rückgang an befristeten Stellen. Dies sei vor allem auf den zwingenden Verzicht von Befristungen in den Bereichen zurückzuführen, in denen ein Fachkräftemangel herrsche. Auch im Bereich der in Anspruch genommenen Altersteilzeit sei aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen im Rahmen des Spar-Paketes der Landesregierung ein Rückgang zu verzeichnen. Er erklärt weiterhin, die Verwaltung sei bemüht, vermehrt Personal mit Migrationshintergrund einzustellen. Hierbei seien jedoch die allgemeinen Vorgaben der Personalgewinnung nicht außer Acht zu lassen.

Herr Kahlen informiert außerdem, die Bundesagentur für Arbeit zeige z.B. zur Anwerbung qualifizierter Zuwanderer u.a. bereits verstärkte Präsenz in Portugal, Spanien und Griechenland. Zudem bittet er um Beachtung, in manchen Bereichen herrsche nicht mehr der Fachkräftemangel, der noch vor ein paar Jahren zu vermelden war. Aufgrund der massiven Konkurrenz zur Privatwirtschaft sei es jedoch weiterhin schwierig, im Bereich der IT geeignetes Personal zu finden. Hier hoffe man jedoch, z.B. über die Zahlung von Zulagen konkurrenzfähiger werden zu können.

Herr Wolf ergänzt, über die IHK werde zudem versucht, Kontakte zu Kölns Partnerstädten, wie Barcelona und Thessaloniki, herzustellen und z.B. Ausbildungsplätze anzubieten. Viele Informationen würden darüber hinaus auch auf informellem Wege weitergeleitet. Er informiert abschließend, die Einberufung eines runden Tisches zu diesem Thema sei bereits in Planung.

Hinsichtlich der Frage der vorgenommenen sachgrundlosen Befristungen fügt Herr Dicken hinzu, der Gesamtpersonalrat befinde sich hier seit Jahren im Gespräch mit dem Stadtvorstand. Zwar seien bisher letztendlich alle Beschäftigten unbefristet übernommen worden, jedoch habe die zuvor vorgenommene Befristung eine zunächst unsichere Situation für die Kolleginnen und Kollegen dargestellt.

Herr Klemm greift eine Passage auf Seite 60 der Mitteilung auf, wonach ab dem Haushaltsjahr 2013 nur dann Mehrstellen zum jeweiligen Stellenplan akzeptiert würden, wenn diese durch vorhandenes, nicht planmäßig eingesetztes Personal besetzt werden könnten und bittet hier um Nennung einer konkreten Zahl. Diese bitte er auch im Hinblick auf die auf Seite 61 angesprochenen Reservestellen zu nennen.

Herr Kahlen informiert zusammenfassend, im vergangenen Jahr sei es durch besonders hervorzuhebenden Einsatz gelungen, 202 Kollegen und Kolleginnen eine planmäßige Stelle zuzuweisen, die zuvor nicht planmäßig eingesetzt gewesen seien. Nicht zuletzt auch aufgrund der dem Personal entgegengebrachten Wertschätzung sowie unter Berücksichtigung des Personaletats seien diese Beschäftigten bei der Frage der Stellenbesetzungen mit externem Personal vorrangig zu berücksichtigen.

Auch hinsichtlich der vorhandenen Reservestellen sichert er dem Ausschuss darüber hinaus die Vorlage konkreter Zahlen zu.

5.2 Kriterien für die Zuweisung von zusätzlichen Präsenzzeiten in Schulsekretariaten und Ausweitung des Vertretungspool im Wert von 50 Stellen 1900/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter bittet darum, Stellenzuweisungsvorlagen den Fachausschüssen zukünftig noch vor den Haushaltsplanberatungen zur Beratung vorzulegen.

Frau dos Santos Herrmann äußert ihre Unterstützung für die Vorgehensweise der Verwaltung in diesem Fall. Sie erläutert, aufgrund des dringenden Personalbedarfes sei hier ein zügiges Handeln der Verwaltung angezeigt gewesen.

Herr Detjen bittet um Information, inwiefern es organisatorisch ggfs. auch möglich sei, dass z.B. zwei Teilzeitstellen von einer Person besetzt werden können.

Herr Dicken nutzt die Gelegenheit, sich bei der Verwaltung vor dem Hintergrund der erschwerten Bedingungen für die enorme Ausweitung des Vertretungspools zu bedanken.

Herr Kahlen bedankt sich bei der Politik für die Genehmigung des Stellenplanes und somit des zusätzlichen Zeitbudgets sowie der Ausweitung des Vertretungspools im Bereich der Schulsekretariate in diesem Umfang. Er versichert abschließend, die Verwaltung werde nun in Zusammenarbeit mit den Stelleninhabern/ -innen nach individuellen und an die Lebensplanungen der Beschäftigten angepassten Lösungsmöglichkeiten suchen.

5.3 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT) 2082/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2013 Metalldiebstahl AN/0904/2013

Die Anfrage hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann zu den derzeitigen Verhandlungen zwischen EU und USA über ein Freihandelsabkommen

Frau dos Santos Herrmann greift einen Artikel aus der Süddeutschen Zeitung auf, wonach die zwischen der EU und den USA aufgenommenen Verhandlungen über die Einrichtung einer gemeinsamen Freihandelszone möglicherweise auch kommunale Interessen, wie z.B. die Versorgung mit Strom und Wasser, betreffen würden. So könnte privaten Unternehmen im Rahmen einer grundsätzlichen Bevorzugung die Möglichkeit eingeräumt werden, bei eventuellen Verstößen bzw. Änderungen der Rahmenbedingungen Klage gegen den Staat zu erheben. In diesem Zusammenhang bitte sie daher um eine kurze Einschätzung der Verwaltung.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

7.2 Mündliche Nachfragen von Frau Manderla zu einer möglichen Prozessoptimierung hinsichtlich der Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und zum Autonomen Zentrum in Köln-Kalk

Frau Manderla greift einen kürzlich erschienenen Presseartikel sowie eine Mitteilung aus dem Umweltausschuss auf, nach deren Inhalt die Verwaltung im Rahmen einer Geschäftsprozessoptimierung die Zusammenlegung einiger Aufgaben der Unteren Landschaftsbehörde prüfe. In diesem Zusammenhang bittet sie um Information, inwiefern eine vergleichbare Optimierung der Verwaltungsabläufe auch hinsichtlich Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgesehen sei, die derzeit sowohl im Stadtplanungsamt als auch im Umweltamt durchgeführt werden.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

Außerdem bittet Frau Manderla um Information, inwiefern die nach ihrer Kenntnis rund um das Autonome Zentrum in Köln-Kalk durchgeführten Bautätigkeiten zur Verbarrikadierung genehmigt worden seien sowie um Mitteilung des aktuellen Sachstandes.

Herr Kahlen nimmt zu der Anfrage im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 12.2 Stellung.

7.3 Mündliche Anfrage von Herrn Detjen zu einem Angebot des LSC Leverkusen zur Errichtung eines Hubschrauberlandeplatzes

Herr Detjen berichtet von einer Vorlage aus dem Finanzausschuss zum Thema Vergabe von Strom-, Gas-, und Wasserkonzessionen bzw. die vorher zu erbringenden Beraterleistungen und bittet darum, ähnliche Vorlagen in Zukunft auch dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zur Beratung vorzulegen.

Außerdem greift er das Angebot des Luftsportclubs Leverkusen auf, den Flugplatz "Kurtekotten" hinsichtlich eines möglichen neuen Standortes für die Rettungshubschrauberstaffel zu überprüfen und zitiert aus einer Mitteilung des Stadtdirektors, wonach nach Angaben der Un-

teren Landschaftsbehörde die Genehmigungsfähigkeit von einem Befreiungsverfahren abhängig sei. Da diese für den Landeplatz bereits vorläge, bitte er hier um kurze Erläuterung.

Herr Kahlen erklärt, da die Einrichtung einer Rettungshubschrauberstation eine deutliche Ausweitung des bisher genehmigten Flugbetriebes bedeute, sei hier ein gesondertes Genehmigungsverfahren notwendig.

7.4 Mündliche Nachfrage von Herrn Marx zur Vorlage des Ergebnisses zur durchgeführten Mitarbeiterbefragung

Herr Marx erinnert an seine Rückfrage zur Mitarbeiterbefragung und ergänzt, er habe erwartet, dass die Ergebnisse zur durchgeführten Mitarbeiterbefragung ggfs. gemeinsam mit der Mitteilung unter TOP 5.1 "Personalsituation 2013 – Perspektiven" zur heutigen Sitzung vorgelegt werden. Die CDU-Fraktion bitte eindringlich darum, dem Ausschuss die Ergebnisse der Befragung zeitnah, möglichst noch zur Sondersitzung des Ausschusses am 16.07.2013, zur Kenntnis vorzulegen.

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif - 1389/2013

Frau dos Santos Herrmann merkt an, auch vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiepreise, halte die SPD-Fraktion diesen Vorschlag für gerechtfertigt. Darüber hinaus seien im Hinblick auf die bereits seit Jahren geführte Qualitätsdebatte durchaus Fortschritte zu erkennen, die entsprechend honoriert werden sollten. Zudem sei auf der letzten Tagung der Taxiunternehmen, an der sie teilgenommen habe, die Frage der angemessenen Bezahlung der Beschäftigten eine deutlich diskutierte Position gewesen. Auch wenn sich die Frage stelle, inwieweit die steigenden Preise für die Kunden auf Dauer noch tragbar seien, sei ihre Fraktion nach Abwägung der genannten Gesichtspunkte zu dem Entschluss gekommen, dass dieser Vorschlag ein Schritt in die richtige Richtung sei.

Frau Manderla kann sich ihrer Vorrednerin dahingehend anschließen, dass vor allem die Existenz der kleineren Taxiunternehmen in Gefahr sei. Sie bitte jedoch um Beachtung, eine ähnliche Initiative habe zuletzt nicht zu den erhofften Qualitätsverbesserungen geführt. Sie halte darüber hinaus eine weitergehende Debatte für erforderlich, die auch andere Überlegungen mit einbeziehe. Da eine alleinige Erhöhung der Entgelte auf Dauer die Problematik nicht lösen könne, könne ihre Fraktion der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen.

Herr Breite ergänzt, nach der letzten Erhöhung der Beförderungsentgelte von 8 %, sollen diese nun um 12 % erhöht werden. Auch er erkenne dringenden Handlungsbedarf; eine weitere Erhöhung der Entgelte halte er jedoch nicht für die richtige Lösung. Insbesondere aufgrund der bestehenden Gefahr, dass vermehrt Kunden ausbleiben könnten, müsse hier eine andere Diskussion geführt werden. Die FDP-Fraktion könne diesen Vorschlag somit nicht mittragen.

Herr Wolter teilt mit, seine Fraktion könne die geäußerten Bedenken durchaus nachvollziehen. Aufgrund des akuten Handlungsbedarfes werde seine Fraktion der Vorlage dennoch zustim-

men. Darüber hinaus halte er es für zwingend erforderlich, den Aspekt der Mietwagenverleihe zu thematisieren, die aufgrund des zum Teil besseren Angebotes und Services eine nicht zu vernachlässigende Konkurrenz für die Taxiunternehmen darstellten. Zudem regt er an dem Beispiel des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg an, hier ein ähnliches, objektiveres Verfahren anzuwenden.

Herr Detjen bittet vor dem Hintergrund der geäußerten Bedenken abschließend zu beachten, dass es sich hier um einen Vorschlag eines Taxiunternehmens handele. Unter anderem da davon auszugehen sei, dass dieses das vorliegende Konzept zuvor ausreichend überdacht und geprüft habe, werde die Fraktion die Linke der Vorlage im Rat zustimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für die in der Stadt Köln zugelassenen Taxen gemäß **Anlage 1**.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln, zugestimmt

10.2 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln 1617/2013

Frau dos Santos Herrmann greift den im Integrationsrat geändert gefassten Beschluss auf, dessen Ansatz sie grundsätzlich unterstütze. Da dieser Antrag ihrer Meinung nach jedoch nicht dem Inhalt der Beschlussvorlage entspreche, bitte sie hier um kurze Erläuterung.

Herr Detjen merkt an, wenngleich die vom Land finanzierten 1,5 Stellen in das "Diversity-Konzept" der Stadt einfließen, sei die Aufgabenwahrnehmung durch die mit der Finanzierung verbundenen Vorgaben des Landes zwingend und abschließend für den Bereich der Bildungsarbeit festgelegt.

Frau Dr. Blüggel informiert, der Antrag des Integrationsrates habe unter anderem beinhaltet, von der ursprünglich gefassten Schwerpunktsetzung der schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern etwas abzusehen. Wie auch dem Integrationsrat bereits mitgeteilt, werde eine in dieser Form beschlossene Abweichung jedoch nicht von den Förderrichtlinien des Landes gedeckt. Sie betont, die bisherige Arbeit der RAA, und somit auch die Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit, soll im Rahmen der Einrichtung des kommunalen Integrationszentrums in Köln strategisch fortgesetzt werden. Zu den bisherigen Aufgaben werde mit der "Querschnittsaufgabe Integration" nun ein weiterer Schwerpunkt hinzukommen. Sowohl für diese Aufgabe, als auch für den Bereich "Integration durch Bildung" soll für die Dauer von 2 Jahren je ein besonderer Schwerpunkt genannt werden. Aus aktuellem Anlass habe man sich hier hinsichtlich letzteren Bereiches in Absprache mit der Bezirksregierung und der Schulaufsicht für das Thema der schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern entschieden. Sie erklärt abschließend, die Anzahl der Seiteneinsteiger, die der allgemeinen Schulpflicht unterlägen, sei von 320 noch vor 5 Jahren nun auf 850 in diesem Schuljahr gestiegen.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums Köln“ durch Zusammenlegung der bisherigen „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Ju-

gendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und des „Interkulturellen Referates“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt gemäß § 7 des Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration des Landes NRW.

Vorbehaltlich der Erfüllung der Fördervoraussetzungen des Landes sowie der grundsätzlichen Genehmigung durch die zuständigen Ministerien und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zum Stellenplan 2015 (1 Stelle Verwaltungsfachkraft und 0,5 Stelle Assistenzkraft). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 sind verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen zur Verfügung zu stellen.

Die Freigabe der Stellen erfolgt befristet, in Abhängigkeit zur jährlich zu beantragenden Landesförderung.

Das „Kommunale Integrationszentrum Köln“ wird organisatorisch beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt - Punktdienststelle „Diversity“ (5001) als eigenständige Abteilung (5001/1) angebunden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits in Gang gesetzte Antragsverfahren (Antragstellung beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW) unverzüglich fortzusetzen, damit ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt ein entsprechender Antrag auf Förderung dieses „Kommunalen Integrationszentrums“ beim Land NRW aufgrund der dort formulierten Rahmenbedingungen Aussicht auf Erfolg hat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion Pro Köln, zugestimmt

10.3 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in 2014 und 2015 1760/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat erteilt auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010 der Verwaltung folgenden Auftrag:

- In Ergänzung der Beauftragung beschließt der Rat zur Durchführung der drittmittelfinanzierten Sprachfördermaßnahmen, die noch in 2013 beginnen und folglich (nach in der Regel 6-monatiger Laufzeit) erst in 2014 enden, die Fortführung der drittmittelfinanzierten Planstellen im bisher genehmigten Umfang.

- Unter dem Vorbehalt einer schriftlichen Zusage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales über die Fortführung der Sprachfördermaßnahmen unter den Bedingungen der bisherigen Fördermaßnahme beauftragt der Rat die Verwaltung, die oben genannten Maßnahmen ab dem 01.01.2014 für den Verlängerungszeitraum weiter durchzuführen, d.h. längstens bis 31.12.2015.

Der Rat beschließt daher befristet für die Zeit vom 01.01.2014 bis längstens 31.12.2015 die Verlängerung der bereits eingerichteten drittmittelfinanzierter Planstellen im bisherigen Umfang und zu den bestehenden Konditionen.

Der Höchstförderbetrag für die Personalkosten richtet sich nach TVöD Bund.

Die Stellenanzahl basiert auf dem Bedarf bei einem realistisch durchführbaren Kursvolumen, richtet sich aber abschließend nach den konkreten Erfordernissen und wird entsprechend dem tatsächlichen Bedarf mit Personal besetzt.

Die Deckung der noch nicht veranschlagten Personalaufwendungen im Teilplan 0414, Volkshochschule, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 637.650 € erfolgt wie bisher durch Mehrerträge über Drittmittel aus der Durchführung von Projekten in gleicher Höhe im Teilplan 0414, Volkshochschule, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen. Mögliche Fehlbeträge werden aus dem Dezernatsbudget gedeckt.

Die Stellen werden wie bisher grundsätzlich extern besetzt, um sicherzustellen, dass eine vollständige Refinanzierung der Personalkosten auf der Grundlage der Fördersätze erfolgt. Der Einsatz von städtischem Personal ist jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Der von der Volkshochschule zu erbringende jährliche Eigenanteil von 125.827 € erfolgt durch die Bereitstellung von Sachmitteln (Bereitstellung vorhandener Büro- und Seminarräume) für das o.g. Projekt im Zeitraum vom 01.1.2014 bis 31.12.2015. Die erforderlichen Mittel sind bereits in der HPL-Veranschlagung 2014 und in der Finanzplanung für das Jahr 2015 enthalten.

Die noch nicht veranschlagten Sachaufwendungen im Teilplan 0414, Teilplanzeilen 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von jährlich 184.784 € für die Durchführung der jeweiligen Schulungsmaßnahmen sind als Mehraufwendungen bereitzustellen, sobald entsprechende zweckgebundene Mehrerträge in gleicher Höhe im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW 1609/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln weist die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) an, die Satzung zur Aufhebung der folgenden Satzungen zu beschließen:

1.1 Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz für Grundstücke im Stadtbezirk 2 (Hahnwald, Immendorf, Marienburg, Raderthal, Rodenkirchen, Rondorf, Sürth, Weiß und Zollstock) Stadtbezirk 6 (Roggendorf / Thenhoven), Stadtbezirk 7 (Westhoven) und Stadtbezirk 9 (Dünnwald, Flittard und Höhenhaus) - Fristensatzung 1 – vom 29.04.2009,

1.2. Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz für Grundstücke im Stadtbezirk 7 (Eil, Ensen, Finkenberg, Gremberghoven, Grengel, Langel, Libur, Lind, Poll, Porz, Urbach, Wahn, Wahnheide, Westhoven, Zündorf) – Fristensatzung 2 – vom 13.07.2010,

1.3. Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprü-

fung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz für Grundstücke im Stadtbezirk 9 (Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Dünwald) – Fristensatzung 3 – vom 14.06.2011 in der zu dieser Beschlussfassung beigefügten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.5 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15 1555/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 82 Abs. 3 SchulG die Errichtung einer 2-zügigen Grundschule am Standort Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes zum 01.08.2014, beginnend mit dem Jahrgang 1.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Einführung des offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der neu zu errichtenden Grundschule an dem Standort Kretzerstr.5-7, 50733 Köln, zum Schuljahr 2014/2015, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung außerunterrichtlicher Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für die Einführung des offenen Ganztages ausspricht.
3. Der Rat beschließt, ab dem Schuljahr 2014/2015 – vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 935 € je Platz bzw. 1.890 € je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischen Förderbedarf belegt – sukzessive insgesamt 140 OGS-Plätze für die an dem Standort Kretzerstr. 5-7 neu einzurichtende Grundschule bereit zu stellen. Diese zusätzlichen 140 OGS-Plätze sind Bestandteil der vom Rat am 30.04.2013 beschlossenen Aufstockung um 1.500 Plätze auf insgesamt 25.500 OGS-Plätze zum Schuljahr 2014/2015.“
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch die Bereitstellung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Außerdem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztagschulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht. Darüber hinaus wurde die vom Rat in seiner Sitzung am 30.04.2013 beschlossene weitere Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils an der Finanzierung der offenen Ganztagschule im Primarbereich um rd. 2,8% ab dem Schuljahr 2013/2014ff. berücksichtigt.

Im Haushaltsjahr 2014 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf auf insgesamt 31.294,- € Ausgehend von einer OGS-Versorgungsquote von 70% stellt sich der Zuschussbedarf in den Folgejahren wie folgt dar:

2015:	110.034,- €
2016:	157.541,- €
2017:	204.987,- €

ab 2018ff.: 194.707,- €

Die Finanzierung der zusätzlichen OGS-Plätze erfolgt aus den im Haushaltsplan für die Jahre 2014ff. für die Einrichtung von zusätzlichen 1.500 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2014/2015 bereits veranschlagten Mitteln.

5. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Bestimmungsverfahren gem. § 27 Abs. 1 SchulG durchzuführen und die Schulart der neuen Schule festzulegen, bevor die Elternanschreiben zur Schulanmeldung zum Schuljahr 2014/15 verschickt werden.
6. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung noch vor dem Anmeldeverfahren, unter Berücksichtigung des Bestimmungsverfahrens zur Schulart, zum Schuljahr 2014/15 die erforderliche Genehmigung zur Errichtung der Grundschule bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.6 2. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen 1592/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Agnesviertel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.7 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen 1916/2013

Frau Manderla erklärt, ihre Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen. Auch um weitere Anreize für Familien in Köln zu schaffen, sollten Plätze in Kindertageseinrichtungen bezahlbar sein.

Herr Wolter bittet den Ausschuss um Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und außerunterrichtlichen Angeboten der

Offenen Ganztagschulen“ vom 10.07.2012 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Neufassung beinhaltet zwei zusätzliche Einkommensstufen bei den Beitragstabellen und tritt zum 01.08.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln, zugestimmt

**10.8 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1957/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Vorlage in die Sondersitzung des Ausschusses am 16.07.2013.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.9 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum
2078/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Vorlage in die Sondersitzung des Ausschusses am 16.07.2013.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.10 Umsetzung Milleniumsentwicklungsziele, hier zusätzlich bewilligte Mittel durch den Finanzausschuss
2287/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

gez. Wolter
Vorsitzender

gez. Stiens
Schriftführerin